STATUTEN
DES VERBANDES ÖSTERREICHISCHER TEXTAUTOREN

In der von der Generalversammlung am 11.10.2022 beschlossenen Fassung

Registrierter Verband (Zahl: I-V-3579/b/7-BVP / VIII-860)
DVR 0642584
ZVR-Zahl: 613483018

INDEX

Die Ziffern bezeichnen die betreffenden Paragrafen bzw. deren Absätze

§1 NAME, SITZ und TÄTIGKEITSBEREICH DES VERBANDS

§2 VERBANDSZWECK

§3 MITGLIEDSCHAFT

§4 MITTEL DES VERBANDS

§5 PFLICHTEN und RECHTE DER MITGLIEDER

§6 VERBANDSORGANE

§7 DER VORSTAND

§8 AUFGABEN DES VORSTANDS

§9 AUFGABEN DES PRÄSIDENTEN

§10 ZEICHNUNGSBERECHTIGUNG

§11 RECHNUNGSPRÜFER

§12 DIE GENERALVERSAMMLUNG

§13 AUFLÖSUNG DES VERBANDS

§14 GESCHÄFTSJAHR

§15 DATENSCHUTZ

§16 SCHIEDSGERICHT

§1 NAME, SITZ UND TÄTIGKEITSBEREICH DES VERBANDS

Der Verband führt den Namen
„Verband Österreichischer Textautoren und Musiker"

Er hat seinen Sitz in 1030 Wien; Baumannstraße 10 und erstreckt seine Tätigkeit auf Gesamtösterreich.

Er ist nicht auf Gewinn ausgerichtet und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke und Interessen.

§2 VERBANDSZWECK

Der Zweck des Verbands ist die Wahrnehmung und besonders die Förderung künstlerischer Interessen aller österreichischen Textautoren und Musiker, die dem Verband als Mitglied angehören.

Die Veröffentlichung von Veranstaltungsterminen betreffend textlich / musikalischer Werke im Rahmen von Wettbewerben des VOET, sowie die Teilnahme, an vom VOET organisierten Zusammenkünften.

Im Speziellen Buch,- und Tonträgerprodiktionen, Druck,- und Web, sowie neue Medien.

§ 3 MITGLIEDSCHAFT

Der Verband besteht aus:

- Mitgliedern
- Ehrenmitgliedern
- Förderern

Über die Aufnahme der Mitglieder entscheidet der Vorstand. Die Mitgliedschaft beginnt mit der Einzahlung des ersten Mitgliedsbeitrags. Im Falle einer Ablehnung ist der Vorstand nicht verpflichtet, die Gründe seiner Entscheidung bekanntzugeben.

Ehrenmitglieder werden in Anerkennung besonderer Verdienste vom Vorstand bei der Generalversammlung ernannt und können von der Leistung des Mitgliedsbeitrags befreit werden.

Förderer des Vereins sind solche, die den Verein unterstützen und vom Vorstand als solche anerkannt werden.

Die Mitgliedschaft endet durch:

- Austrittserklärung
- Ausschließung
- Tod

Die Ausschließung kann vom Vorstand beschlossen werden, wenn ein Mitglied den Statuten zuwiderhandelt oder die Vereinsinteressen schädigt.

Wenn ein Mitglied trotz Zahlungserinnerung keinen Mitgliedsbeitrag geleistet hat.

Ausgeschlossene Mitglieder haben auf die Rückerstattung der geleisteten Mitgliedsbeiträge keinen Anspruch.

§ 4 MITTEL DES VERBANDS

Die Mittel setzen sich zusammen aus:

- Mitgliedsbeiträgen
- Förderungen
- Spenden, Vermächtnissen
- Erlöse aus Veranstaltungen und sonstigen Zuwendungen

§5 PFLICHTEN UND RECHTE DER MITGLIEDER

Die Mitglieder sind angehalten, die Interessen des Verbands nach Kräften zu fördern und alles zu unterlassen, wodurch das Ansehen und der Zweck des Verbands Abbruch erleiden könnte.

Sie haben die Verbandsstatuten und die Beschlüsse der Verbandsorgane zu beachten. Die Mitglieder sind zur pünktlichen Zahlung der Mitgliedsbeiträge in der von der Generalversammlung beschlossenen Höhe verpflichtet.

Ehrenmitglieder und Mitglieder sind berechtigt, an allen Versammlungen und Veranstaltungen teilzunehmen und genießen außerdem

1. Das aktive und passive Wahl- und Stimmrecht,
2. Das Recht, Anträge einzubringen.

Förderer sind berechtigt, an allen Veranstaltungen des Verbands teilzunehmen, sind jedoch von Punkt 1) und 2) ausgeschlossen.

§6 VERBANDSORGANE

Die Organe des Verbands sind:

- Die Generalversammlung
- Der Vorstand
- Der Präsident
- Die Rechnungsprüfer

Die Vereinsorgane üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich gegen Ersatz ihrer Spesen aus. Soweit Vorstandsmitglieder mit Arbeiten betraut werden, die über ihre Vereinsfunktion hinaus gehen, sind hierüber Vereinbarungen zu treffen.
Der Vorstand kann zur Erfüllung der Verwaltungsaufgaben Aufträge zur Erledigung dieser Tätigkeiten auch an zu bezahlende externe Personen erteilen. Diese können, müssen aber keine Vereinsmitglieder sein. Der Vorstand kann zur Behandlung bestimmter Themen Arbeitsausschüsse einsetzen.

§ 7 DER VORSTAND

1. Die Generalversammlung wählt den Vorstand laut Wahlvorschlag auf die Dauer von 5 Jahren.
2. Der Vorstand besteht aus mindestens 3, jedoch aus maximal 6 Mitgliedern.
3. Der Vorstand wählt aus seiner Mitte einen Präsidenten, einen Schriftführer und einen Kassier, sowie die Stellvertreter. Die Stellvertreter üben ihre Funktion dann aus, wenn das betreffende Vorstandsmitglied, das sie vertreten, sie mit einer Vertretung beauftragt oder dieses seine Funktion, aus welchen Gründen auch immer, nicht ausübt oder nicht ausüben kann.
4. Im Falle des Ausscheidens eines Vorstandsmitglieds während der Funktionsperiode erfolgt die Neubesetzung durch Kooptierung mittels einfacher Stimmenmehrheit durch den Vorstand bis zur nächsten Generalversammlung. Die nächste Generalversammlung hat diese Kooptierung zu bestätigen oder eine Neuwahl vorzunehmen.
5. Im Falle des Ausscheidens des Präsidenten hat für den Zeitraum bis zur nächsten Generalversammlung der Vizepräsident die Funktion des Präsidenten zu übernehmen.
6. Der alte Vorstand muss solange die Geschäfte des Vereins führen, bis der von der Generalversammlung neu gewählte Vorstand diese Geschäfte übernommen hat.
7. Der Vorstand ist unabhängig von der Zahl der gültig bestellten Vorstandsmitglieder beschlussfähig, wenn alle Vorstandsmitglieder zur Sitzung eingeladen sind, und mindestens die Hälfte davon bei der Sitzung anwesend sind. Bei 3 Vorstandsmitgliedern mindestens 2 Vorstandsmitglieder, bei 5 Vorstandsmitgliedern mindestens 3 Vorstandsmitglieder.
   Die Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst.
   Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende (Dirimierungsrecht).
   In Ausnahmefällen sind Beschlüsse auch per Umlauf möglich.
8. Ausgeschiedene Vorstandsmitglieder sind wieder wählbar.
9. Außer durch Ableben oder Ablauf der Funktionsperiode erlischt die Funktion eines Vorstandmitglieds durch Rücktritt. Einzelne Vorstandsmitglieder können ihren Rücktritt jederzeit gegenüber dem Vorstand erklären.
10. Fällt der Vorstand ohne Selbstergänzung durch Kooptierung überhaupt oder auf unvorhersehbar lange Zeit aus, so ist/sind der/die Rechnungsprüfer verpflichtet, unverzüglich eine außerordentliche Generalversammlung zum Zweck der Neuwahl des Vorstands einzuberufen.
11. Sollten auch die Rechnungsprüfer handlungsunfähig sein, hat jedes ordentliche Mitglied, das die Notsituation erkennt, unverzüglich die Bestellung eines Kurators beim zuständigen Gericht zu beantragen, welcher umgehend eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen hat.
    Der gemeinsame Rücktritt des gesamten Vorstands ist an die Generalversammlung zu richten. Der bestehende Vorstand bleibt jedenfalls bis zur Bestellung eines neuen Vorstands im Amt.

12 Die Einberufung des Vorstands erfolgt schriftlich oder mündlich oder auch fernmündlich durch den Präsidenten oder seinen Stellvertreter. Über begründetes schriftliches Verlangen der Hälfte „ident mit Punkt 7-Anwesenheitsregelung" der Vorstandsmitglieder muss die Einberufung sofort für einen Termin innerhalb eines Monats erfolgen. Die Leitung der Vorstandssitzungen obliegt dem Präsidenten, bei dessen Verhinderung seinem Stellvertreter.

Ist auch dieser verhindert, obliegt der Vorsitz dem an Jahren ältesten Vorstandsmitglied.

13 Der/die Rechnungsprüfer kann/können auf Wunsch des Vorstands beratend an den Vorstandssitzungen teilnehmen.

§ 8 AUFGABEN DES VORSTANDS

Dem Vorstand obliegt die Leitung des Verbands.

In seinen Wirkungsbereich fallen insbesondere folgende Angelegenheiten:

1. Alle Maßnahmen zur Verwirklichung des Verbandszwecks einschließlich der Bestellung von Arbeitsausschüssen.
2. Die Erstellung des Tätigkeitsberichts und des Rechnungsabschlusses.
3. Die Ausarbeitung der Tagesordnung und die Vorbereitung der Generalversammlung.
4. Die Einberufung der ordentlichen und außerordentlichen Generalversammlung.
5. Die Durchführung der Beschlüsse der Generalversammlung.
6. Die Verwaltung des Vereinsvermögens.
7. Die Aufnahme und der vorläufige oder definitive Ausschluss von Mitgliedern.
8. Die Information der Mitglieder über die Tätigkeit und die finanzielle Gebarung des Vereins im Rahmen der Generalversammlung.

§ 9 AUFGABEN DES PRÄSIDENTEN

- Der Präsident ist der höchste Verbandsfunktionär. Er übt seine Funktion auf die Dauer der Funktionsperiode des Vorstands aus. Im Fall seiner Verhinderung werden seine Funktionen von seinem Stellvertreter ausgeübt. Ist auch dieser verhindert, von dem an Jahren ältesten Vorstandsmitglied.
- Dem Präsidenten obliegt die Vertretung des Verbands nach außen. Er führt den Vorsitz in der Generalversammlung und im Vorstand. Bei besonderer Dringlichkeit ist er berechtigt, auch in Angelegenheiten, die in den Wirkungsbereich der Generalversammlung oder des Vorstands fallen, unter eigener Verantwortung selbständige Anordnungen zu treffen. Diese bedürfen jedoch der nachträglichen Berichterstattung zur Protokollierung.

§ 10 ZEICHNUNGSBERECHTIGUNG

- Die rechtsverbindliche Zeichnung aller Schriftstücke des Verbands erfolgt durch den Präsidenten mit dem Schriftführer oder dessen Stellvertreter.
- Durch Beschluss des Vorstands kann festgelegt werden, an wen in bestimmten Fällen, insbesondere zur rechtsgültigen Zeichnung bei Geldinstituten die Zeichnungsberechtigung delegiert werden kann.

§ 11 RECHNUNGSPRÜFER

- Die Rechnungsprüfer werden in der Generalversammlung für die jeweilige Funktionsdauer des Vorstands bestellt.

- Den Rechnungsprüfern obliegen die laufende Geschäftskontrolle und die Überprüfung des Rechnungsabschlusses. Sie haben der Generalversammlung das Ergebnis der Prüfung zu verlesen.
- Die Rechnungsprüfer sind befugt, jederzeit in die Korrespondenz, Geschäftsbücher und sonstige Belege des Vereins Einsicht zu nehmen und Aufklärung zu verlangen.

§ 12 DIE GENERALVERSAMMLUNG

1. Die Generalversammlung findet alle 5 Jahre am Sitz des Verbands oder an einem anderen, durch Vorstandsbeschluss festgelegten Ort statt.
2. Eine außerordentliche Generalversammlung hat stattzufinden, wenn dies vom Vorstand beschlossen wird. Eine außerordentliche Generalversammlung hat auf schriftlichen Antrag von mindestens einem Zehntel der ordentlichen Mitglieder, auf Verlangen der Rechnungsprüfer, oder auf Beschluss der/des Rechnungsprüfers sowie auf Beschluss eines gerichtlich bestellten Kurators stattzufinden.
3. Für die außerordentliche Generalversammlung gelten dieselben Bestimmungen wie für die ordentliche Generalversammlung.
4. Die Einberufung der Generalversammlung erfolgt unter Anführung der vorläufigen Tagesordnung durch den Vorstand schriftlich durch Einladung aller einzelnen Mitglieder unter Bekanntgabe des Datums, der Stunde, des Ortes und der Tagesordnung.
5. Anträge der Mitglieder können nur dann auf die Tagesordnung der Generalversammlung gesetzt werden, wenn sie spätestens zu dem in der vorläufigen Tagesordnung festgelegten Zeitpunkt schriftlich am Verbandssitz einlangen. Wenn die Generalversammlung dies beschließt, können gültige Beschlüsse über Antrag des Vorstands auch über Anträge gefasst werden, die nicht auf der Tagesordnung stehen.
6. Bei der Generalversammlung sind alle Mitglieder stimmberechtigt. Jedes Mitglied hat eine Stimme.
7. Die Generalversammlung ist bei Anwesenheit von einem Drittel der stimmberechtigten Mitglieder beschlussfähig. Ist die Generalversammlung bei Beginn nicht beschlussfähig, so ist sie dies jedenfalls nach Verstreichen einer Wartezeit von 15 Minuten.
8. Wahlen und Beschlussfassungen in der Generalversammlung erfolgen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Beschlüsse, mit welchen das Verbandsstatut geändert oder der Verband aufgelöst werden soll, können nur mit Zweidrittel-Mehrheit gefasst werden.
9. Die Leitung der Generalversammlung obliegt dem Präsidenten, bei dessen Verhinderung seinem Stellvertreter. Wenn auch dieser verhindert ist, so führt das an Jahren älteste Vorstandsmitglied den Vorsitz.
10. Bei der Generalversammlung ist ein Protokoll zu führen, das vom Vorsitzenden und vom Schriftführer zu unterfertigen ist.

§13 AUFLÖSUNG DES VERBANDS

Die Auflösung des Verbands kann über Antrag des Vorstandes oder über einen von mindestens einem Drittel der stimmenberechtigten Mitglieder eingebrachten Antrag in einer zu diesem Zwecke einberufenen außerordentlichen Generalversammlung beschlossen werden, wenn mindestens zwei Drittel der Mitglieder anwesend oder durch Vollmachten vertreten sind.

Zur Auflösung des Verbands ist eine Zweidrittel-Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.

Im Falle der freiwilligen Auflösung des Verbands wird das Verbandsvermögen der „Staatlich genehmigten Gesellschaft der Autoren, Komponisten und Musikverleger (AKM), registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, 1030 Wien, Baumannstraße 10" zur Unterstützung bedürftiger Urheber zugewendet.

§ 14 GESCHÄFTSJAHR

Die Lage der Geschäftsjahresdauer, wird von derzeit September bis Oktober, ab 01.01.2023 an das Kalenderjahr, von Jänner bis Dezember angepasst.

§ 15 DATENSCHUTZERKLÄRUNG

Verantwortlicher im datenschutzrechtlichen Sinne ist der Vereinsvorstand.

Persönliche Daten, die Sie uns übermitteln, wie z. B. Name, E-Mailadresse, Adresse oder andere persönliche Angaben, werden von uns nur zum jeweils angegebenen Zweck verwendet, sicher verwahrt und nicht an Dritte weitergegeben.

Die von Ihnen übermittelten Daten verbleiben bei uns, bis Sie uns zur Löschung auffordern, Ihre Einwilligung zur Speicherung widerrufen, oder der Zweck für die Datenspeicherung entfällt.

Zweck der Verarbeitung:

- Der Versand von Informationen bezüglich des Vereinszwecks.

Rechtsgrundlagen:

- Wir verarbeiten diese Daten auf Grund unseres im Vereinszweck angegebenen Interesses.
- Wir verwenden Ihre Dateien für Druckereien, IT-Dienstleister sowie für die vereinseigene Datenbank.

Rechte der Beteiligten:

- Recht auf Widerruf einer erteilten Einwilligung.
- Recht auf Auskunft.
- Recht auf Berichtigung und Löschung.
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung.
- Recht auf Datenübertragbarkeit.
- Widerspruchsrecht.

Alle diesbezüglichen Anträge sind an die oben genannte Kontaktadresse zu richten.

§ 16 SCHIEDSGERICHT

(1) Zur Schlichtung von allen aus dem Vereinsverhältnis entstehenden Streitigkeiten ist das vereinsinterne Schiedsgericht berufen. Es ist eine „Schlichtungseinrichtung" im Sinne des Vereinsgesetzes 2002 und kein Schiedsgericht nach den §§ 577 ff ZPO. (2) Das Schiedsgericht setzt sich aus drei ordentlichen Vereinsmitgliedern zusammen.

(2) Es wird derart gebildet, dass ein Streitteil dem Vorstand ein Mitglied als Schiedsrichter schriftlich namhaft macht. Über Aufforderung durch den Vorstand binnen sieben Tagen macht der andere Streitteil innerhalb von 14 Tagen seinerseits ein Mitglied des Schiedsgerichts namhaft. Nach Verständigung durch den Vorstand innerhalb von sieben Tagen wählen die namhaft gemachten Schiedsrichter binnen weiterer 14 Tage ein drittes ordentliches Mitglied zum/zur Vorsitzenden des Schiedsgerichts. Bei Stimmengleichheit entscheidet unter den Vorgeschlagenen das Los. Die Mitglieder des Schiedsgerichts dürfen keinem Organ – mit Ausnahme der Generalversammlung – angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Streitigkeit ist.

(3) Das Schiedsgericht fällt seine Entscheidung nach Gewährung beiderseitigen Gehörs bei Anwesenheit aller seiner Mitglieder mit einfacher Stimmenmehrheit. Es entscheidet nach bestem Wissen und Gewissen. Seine Entscheidungen sind vereinsintern endgültig.